

Berlin/Brandenburg

## Bundesratsinitiative beschlossen

**[14.03.2024] Berlin und Brandenburg haben jetzt eine gemeinsame Bundesratsinitiative zum netzdienlichen Aufbau von Wasserstofferzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Quellen in Deutschland beschlossen.**

Berlin und Brandenburg haben jetzt eine gemeinsame Bundesratsinitiative zur Förderung des Aufbaus von Wasserstofferzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Energiequellen beschlossen. Wie die Pressestelle der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe mitteilt, ist es das Ziel, durch kürzere Transportwege für nachhaltige Energie die Klimaneutralität bis spätestens zum Jahr 2045 zu erreichen. Die Initiative fordere eine Anpassung des regulatorischen Rahmens, um den Ausbau von grünem Wasserstoff zu erleichtern und Netzengpässe zu vermeiden.

Die Bundesratsinitiative, die von der Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Franziska Giffey (SPD), eingebracht wurde, sehe vor, die Entfernung zwischen Standorten für erneuerbare Energieanlagen und Wasserstofferzeugungsanlagen zu begrenzen. Aktuell ermöglichen EU-Vorgaben einen weitreichenden Strombezug, der zu langen Transportwegen führe und Netzengpässe verursachen könne. Berlin und Brandenburg forderten daher eine Begrenzung auf maximal 200 Kilometer Luftlinie zwischen den Standorten. Diese Maßnahme solle den Ausbau der Wasserstofferzeugung unterstützen und beide Länder als Zentrum einer nachhaltigen deutschen Wasserstoffwirtschaft etablieren.

Die Bundesratsinitiative ist Teil des strategischen Gesamtrahmens der Hauptstadtregion für den Innovationsstandort Berlin-Brandenburg und soll dazu beitragen, die Wasserstoffwirtschaft in Ostdeutschland voranzubringen. Ergänzend dazu wurde die Initiative für Wasserstoff in Ostdeutschland gegründet, um die sechs ostdeutschen Bundesländer bei der Entwicklung einer gemeinsamen Wasserstoffwirtschaft zu unterstützen.

(th)

Stichwörter: Wasserstoff, Berlin, Brandenburg